

Demographischer Wandel als Rekrutierungsproblem?

Regionale Ungleichheit und unerschlossene Potentiale bei der Nachwuchsgewinnung der Bundeswehr

Wenke Apt

Angesichts der demographischen Entwicklung in Deutschland ist absehbar, dass es bei der militärischen Nachwuchsrekrutierung künftig eine wachsende Diskrepanz zwischen Personalangebot und -nachfrage geben wird. Während die deutsche Bevölkerung zunehmend durch Alterung, Schrumpfung, regionale Unterschiede und ethnisch-kulturelle Heterogenisierung gekennzeichnet ist, fragt die Bundeswehr junge, leistungsfähige Rekruten mit deutscher Staatsbürgerschaft nach. Dabei deckt sie ihren Personalbedarf überproportional stark in den ostdeutschen Bundesländern. Zugleich zeigen die jüngsten Bevölkerungsprognosen des Statistischen Bundesamts, dass sich die rekrutierungsrelevanten Kernpotentiale mehr und mehr verringern werden. Dies sind wichtige Eckdaten für die künftige militärische Einsatzfähigkeit der Bundeswehr und die außenpolitischen Handlungsoptionen Deutschlands.

Mittlerweile wird der demographische Wandel als bedeutende Rahmenbedingung der militärischen Nachwuchsrekrutierung wahrgenommen. Im November 2009 hat das Statistische Bundesamt die »12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung« veröffentlicht. Die Studie dokumentiert die absehbaren Veränderungen im Altersaufbau der deutschen Bevölkerung bis zum Jahr 2060 und verdeutlicht dabei die Dimension des absoluten wie relativen Jugendrückgangs. Geht man von den bisherigen Mustern militärischer Personalbedarfsdeckung aus, ist indes die im Februar 2010 vorgelegte »12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung nach Ländern« von noch

größerer sicherheitspolitischer Relevanz. Sie zeichnet ein Bild regionaler demographischer Spaltung mit teils gegenläufigen Entwicklungen.

Personalbedarf der Streitkräfte

Im Jahr 2009 beschäftigte die Bundeswehr etwa 250 000 Soldatinnen und Soldaten: 131 000 Soldaten auf Zeit, 57 000 Berufssoldaten, 37 000 Grundwehrdienstleistende (GWDL) und 25 000 freiwillig länger Wehrdienst Leistende (FWDL). Der strukturell bedingte Regenerationsbedarf ist hoch; derzeit liegt er jährlich bei rund 23 700 Soldaten auf Zeit. Rund ein Drittel davon

wird durch Erstverpflichtungen in der Truppe gedeckt, der Rest durch externe Nachwuchsgewinnung. Die Hauptzielgruppe sind ungediente Frauen und Männer deutscher Staatsbürgerschaft zwischen 17 und 24 Jahren, die sich in der Orientierungsphase für Ausbildung und Beruf befinden. Dabei fragt die Bundeswehr verstärkt gut ausgebildetes und technisch versiertes Personal mit einer hohen physischen und psychischen Belastbarkeit nach.

Regionale Personalbedarfsdeckung

In den vergangenen Jahren wurde der Nachwuchs für die Streitkräfte zunehmend aus Ostdeutschland rekrutiert. Höhere Arbeitslosenquoten und eine geringere universitäre Ausbildungsrate unter ostdeutschen Jugendlichen, insbesondere jungen Männern, dürften diese Entwicklung begünstigt haben. Noch im Jahr 2000 stammten nicht mehr als etwa 23 Prozent der Erstverpflichtungen an GWDL oder FWDL aus Ostdeutschland. 2007 war dieser Anteil mit rund 43 Prozent fast doppelt so hoch. Zugleich wurde in diesem Jahr mehr als ein Drittel aller Zeit- und Berufssoldaten aus Ostdeutschland rekrutiert. Es gibt also deutliche regionale Unterschiede in der Bereitschaft, militärischen Dienst zu leisten.

Zur Darstellung der Unterschiede eignet sich die sogenannte Militärpartizipationsrate. Sie errechnet sich aus der Anzahl des militärischen Personals pro 1000 Einwohner. In Anlehnung an dieses Konzept wird hier die Zahl laufbahnspezifischer Bewerbungen und Einstellungen exemplarisch auf die Jahrgangsstärken 18-jähriger Männer in allen Bundesländern (außer Berlin) umgerechnet. Die Betrachtung bezieht sich auf die Jahre 2000–2009 und basiert auf Personaldaten der Bundeswehr und demographischen Daten des Statistischen Bundesamts.

Wehrdienst

Die strukturell bedingten Umfangreduzierungen bei den GWDL spiegeln sich in der Militärpartizipationsrate junger Männer

wider. Zwischen 2000 und 2009 sank der Bevölkerungsanteil an GWDL kontinuierlich in allen Bundesländern. Erst 2009 stieg die Beteiligung am Grundwehrdienst in Ostdeutschland wieder leicht an, als der erste Nach-Wende-Geburtsjahrgang das Eintrittsalter für den Wehrdienst erreichte.

Im Durchschnitt lag der Bevölkerungsanteil an GWDL in allen ostdeutschen Bundesländern über 23 Prozent – und damit ausnahmslos höher als in den westdeutschen Ländern. Am höchsten war die Beteiligung in Mecklenburg-Vorpommern (26 Prozent) und Brandenburg (24 Prozent), danach folgten Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen. Im Westen Deutschlands zeichnete sich dagegen eine stärkere Varianz ab: Während in drei Ländern – Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein – die Beteiligung am Grundwehrdienst mit 18 bis 20 Prozent relativ hoch war, fiel sie in Baden-Württemberg, Hamburg und Nordrhein-Westfalen vergleichsweise gering aus (11–13 Prozent).

Die regionalen Unterschiede setzten sich beim freiwilligen zusätzlichen Wehrdienst fort. In allen ostdeutschen Bundesländern lag der durchschnittliche Bevölkerungsanteil an FWDL über 5 Prozent. Am höchsten war er in Thüringen und Sachsen-Anhalt (jeweils 6 Prozent), dahinter folgten Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen. In den westdeutschen Ländern bewegte sich der durchschnittliche Bevölkerungsanteil an FWDL bei lediglich 1–2 Prozent, mit Schleswig-Holstein und Niedersachsen an der Spitze.

Legt man eine kombinierte Partizipationsrate von GWDL und FWDL zugrunde, so wird ersichtlich, dass die Beteiligung junger Männer in Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Brandenburg bundesweit am höchsten war (30–31 Prozent), gefolgt von Sachsen-Anhalt und Sachsen (28–29 Prozent). In den westdeutschen Bundesländern wiederum war die Rate in Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein relativ hoch (20–21 Prozent), in Baden-Württemberg dagegen besonders gering (12 Prozent).

Laufbahn der Offiziere

Die höhere militärische Beteiligung von jungen ostdeutschen Männern zeigte sich ebenso in den Karriereaufbahnen der Streitkräfte. Wird das Bewerberaufkommen für die Offizierslaufbahn des Truppen- und Sanitätsdienstes in den Jahren 2000–2009 exemplarisch auf den Bevölkerungsumfang 18-jähriger Männer in den Bundesländern umgerechnet, so ergeben sich die höchsten Durchschnittswerte für Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Brandenburg (jeweils 3 Prozent). Unter Westdeutschen ist der Anteil von Männern, die an einer Offizierslaufbahn interessiert sind, in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und im Saarland am höchsten (je 2 Prozent).

Entsprechend der Bewerbersituation war auch der Bevölkerungsanteil an eingestellten Offiziersanwärtern in den ostdeutschen Bundesländern deutlich höher. In Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen lag er bei je 1 Prozent, in den führenden westdeutschen Bundesländern Niedersachsen und Schleswig-Holstein bei lediglich 0,4 Prozent.

Laufbahnen der Feldwebel,

Unteroffiziere und Mannschaften

Für die Laufbahnen der Feldwebel, Unteroffiziere und Mannschaften bewarben sich in Ostdeutschland zwischen 2007 und 2009 etwa 10 Prozent eines Jahrgangs junger Männer; die höchsten Werte erreichten dabei Mecklenburg-Vorpommern (16 Prozent) und Sachsen-Anhalt (12 Prozent). Der westdeutsche Durchschnitt lag bei knapp 5 Prozent, wobei sich in Niedersachsen und Schleswig-Holstein mit 9 bzw. 7 Prozent ein überdurchschnittlich großer Anteil junger Männer für eine der Laufbahnen bewarb.

Dem stärkeren Interesse entsprechend war auch bei den eingestellten Feldwebeln, Unteroffizieren und Mannschaftssoldaten der durchschnittliche Bevölkerungsanteil in den ostdeutschen Bundesländern (5 Prozent) höher als in den westdeutschen (2 Prozent). In Ostdeutschland war die Beteiligung in Mecklenburg-Vorpommern (8 Prozent) und Sachsen-Anhalt (6 Prozent) besonders

hoch; in Westdeutschland galt dies für Niedersachsen und Schleswig-Holstein (jeweils 3 Prozent).

Insgesamt ergibt sich über die einzelnen Laufbahnen hinweg eine Reihe von Regelmäßigkeiten: Umgerechnet auf die Jahrgangsstärke 18-jähriger Männer stellen ostdeutsche Bundesländer ausnahmslos den mit Abstand größten Bevölkerungsanteil bei Bewerbungen und Einplanungen – unabhängig davon, ob es sich um GWDL, FWDL oder Soldaten auf Zeit handelt. Führend sind dabei vergleichsweise strukturschwache Bundesländer wie Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg, gefolgt von Sachsen-Anhalt und Thüringen. In den westdeutschen Bundesländern sind es Niedersachsen und Schleswig-Holstein, die einen besonders hohen Bevölkerungsanteil bei Bewerbungen und Einplanungen aufweisen; Ähnliches gilt für das Saarland. Dagegen ist die militärische Partizipation wie auch das Interesse an einer militärischen Laufbahn in wirtschaftlich stärkeren Regionen wie Sachsen und vor allem Baden-Württemberg oder Bayern relativ gering.

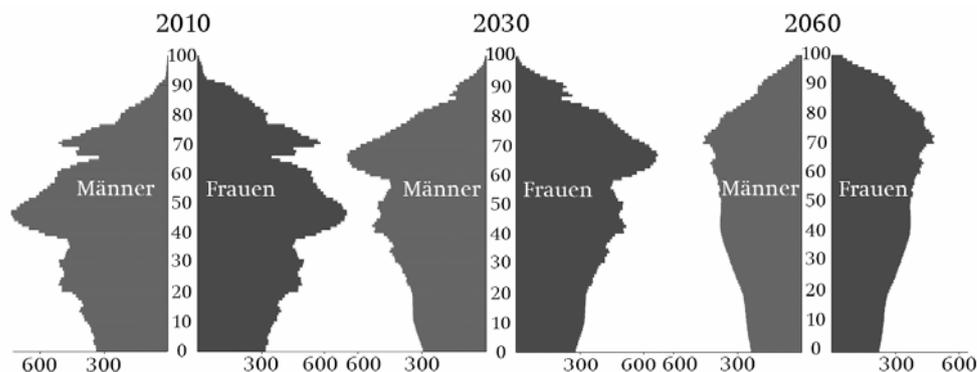
Personalangebot im demographischen Wandel

Veränderungen in der Altersstruktur

Sollte sich der aktuelle Trend fortsetzen, so wird die Bevölkerung in Deutschland von 82 Millionen Menschen im Jahr 2008 auf etwas weniger als 65 Millionen im Jahr 2060 zurückgehen. Dabei werden die junge Bevölkerung und die Bevölkerung im Erwerbsalter schneller und deutlich stärker schrumpfen als die Gesamtbevölkerung. Schon heute weicht der Altersaufbau der deutschen Bevölkerung stark von der klassischen Pyramidenform ab, und es gibt gravierende Unregelmäßigkeiten in der Bevölkerungsverteilung (siehe Abbildung 1). In den nächsten Jahrzehnten werden die stark besetzten Jahrgänge in der Altersstruktur weiter nach oben wandern, mit zeitlicher Verzögerung ausdünnen und zahlenmäßig kleineren Altersgruppen weichen.

Abbildung 1:

Altersstruktur in Deutschland 2010, 2030 und 2060 (Angaben in Lebensjahren bzw. Tausend)



Der Höhepunkt des Alterungsprozesses wird um das Jahr 2030 erreicht, wenn die »demographische Welle« der Babyboomer-Generation in das Rentenalter eintritt. Danach wird sich der Alterungsprozess verlangsamen und die Bevölkerungsschrumpfung dominieren. Infolge der veränderten demographischen Struktur wird das mittlere Alter der Bevölkerung – das sogenannte Medianalter, das als Indikator für Alterung gilt – um neun Jahre ansteigen. Zwischen 2045 und 2060 wird damit etwa die Hälfte der Bevölkerung älter als 52 Jahre alt sein.

Regionale demographische Ungleichheit

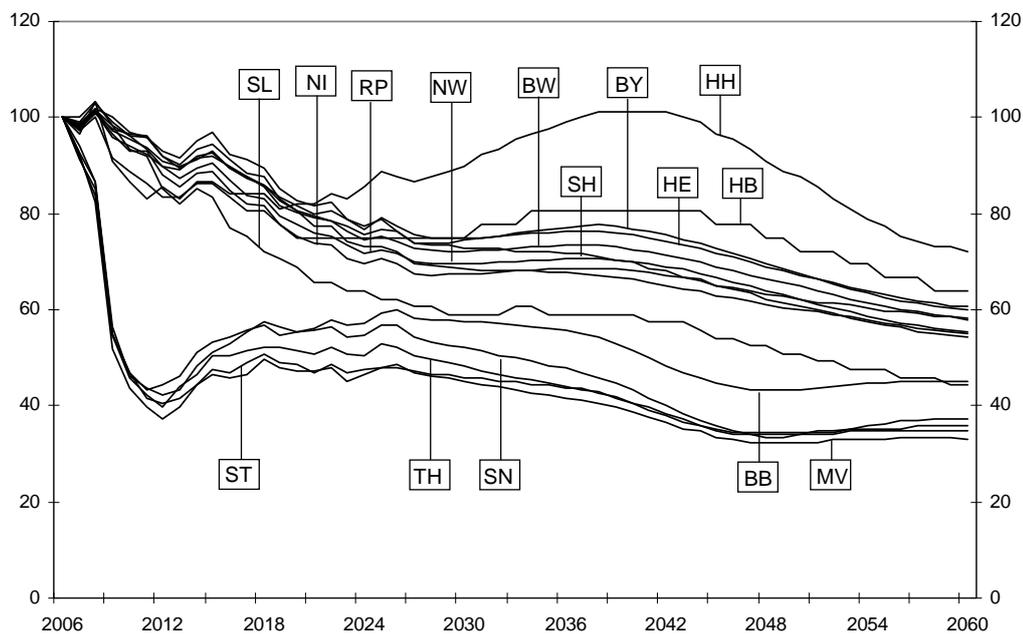
Diese für Gesamtdeutschland skizzierte Entwicklung wird in den einzelnen Regionen sehr unterschiedlich ausfallen. Zwar erwartet West- und Ostdeutschland eine ähnliche demographische Zukunft, allerdings werden die Auswirkungen des Wandels Ostdeutschland früher und in größerem Ausmaß treffen. Dabei existiert die demographische Spaltung des Landes schon seit Anfang der neunziger Jahre – einer rasch alternden, schrumpfenden Bevölkerung in Ostdeutschland steht eine zwar ebenfalls alternde, aber weiter wachsende Bevölkerung in Westdeutschland gegenüber. Die beiden wesentlichen Ursachen für diese Entwicklung sind regionale Fertilitätsunterschiede und Wanderungsbewegungen.

Wie groß die Bedeutung der regionalen demographischen Ungleichheit ist, doku-

mentiert eine Vielzahl aktueller Berichte und Vorausberechnungen. So machte eine im Januar 2010 veröffentlichte Bevölkerungsprognose des Statistischen Amtes der EU (Eurostat) deutlich, dass die demographische Herausforderung nirgendwo in Europa größer ist als in Deutschland – und dabei vor allem im Osten des Landes. Demnach befinden sich sieben der zehn EU-Regionen mit dem gegenwärtig und zukünftig höchsten Medianalter in Ostdeutschland: Chemnitz, Sachsen-Anhalt, Brandenburg (Nordost, Südwest), Dresden, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern.

In Zukunft wird sich der demographische Ost-West-Gegensatz abschwächen. Laut aktueller Raumordnungsprognose des Bundesamts für Bauwesen und Raumordnung wird sich ab etwa 2030 auf der Deutschlandkarte ein breiter keilförmiger Korridor von Regionen mit stagnierender oder schrumpfender Bevölkerung herausbilden. Er umfasst an der Spitze Nordhessen, das südöstliche Niedersachsen und Teile Frankens, reicht nach Norden hin bis ins Mecklenburgische und erstreckt sich im Süden entlang der tschechischen Grenze bis fast zur Donau. In anderen Regionen wird die Bevölkerung langsamer altern und noch ein gewisses Wachstum verzeichnen. Allerdings werden Ausdehnung und Anzahl demographischer Wachstumsregionen abnehmen. Das Bevölkerungswachstum wird sich auf wenige zusammenhängende Gebiete in Westdeutschland beschränken.

Abbildung 2:
Prognostizierte relative Veränderung in der 18-jährigen männlichen
Bevölkerung nach Bundesländern (ohne Berlin) 2006 bis 2060 (2006 = 100)



Abkürzungen: BB: Brandenburg, BW: Baden-Württemberg, BY: Bayern, HB: Bremen, HE: Hessen, HH: Hamburg, MV: Mecklenburg-Vorpommern, NI: Niedersachsen, NW: Nordrhein-Westfalen, RP: Rheinland-Pfalz, SH: Schleswig-Holstein, SN: Sachsen, SL: Saarland, ST: Sachsen-Anhalt, TH: Thüringen.

Anmerkung: 2006–2008 = Ergebnisse der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, ab 2009 Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung.

(eigene Darstellung)

Dazu gehören vor allem der Raum um München sowie die beiden Hansestädte Hamburg und Bremen. Auch werden einzelne Gebiete in Nordrhein-Westfalen, insbesondere entlang des Rheins, sowie in Baden-Württemberg – am Mittleren Neckar, im südlichen Schwarzwald und am Bodensee – noch ein gewisses Wachstum verbuchen können.

Regionen mit schrumpfender Population werden zugleich einen deutlichen Rückgang der Jugendbevölkerung erleben. Dieser wird besonders in Ostdeutschland, und dabei vor allem in peripheren und wirtschaftlich schwachen Regionen, dramatisch sein. Abbildung 2 veranschaulicht den relativen Rückgang der Jugendbevölkerung zwischen 2006 und 2060 anhand der rekrutierungsrelevanten Bevölkerungsgruppe der 18-jährigen Männer. Auffällig in der nach

Bundesländern differenzierten Darstellung ist der rapide Rückgang in den fünf ostdeutschen Ländern zwischen 2006 und 2012, der auf den sogenannten »Wendeknick« zurückzuführen ist. Entsprechend dem Wiederanstieg der Geburtenzahlen ab 1994 wird für den Zeitraum zwischen 2012 und 2018 eine leichte Zunahme der 18-jährigen männlichen Bevölkerung auf 50 bis 60 Prozent des Niveaus von 2006 prognostiziert. In den folgenden Jahren bis etwa 2027 wird sich die Größe dieser Bevölkerungsgruppe stabilisieren. Danach wird der Abwärtstrend wieder an Dynamik gewinnen, und ab 2050 dürfte die Zahl der 18-jährigen Männer in den ostdeutschen Bundesländern bei 35 bis 45 Prozent des Niveaus von 2006 liegen.

In den westdeutschen Bundesländern wird der Rückgang der Jugendbevölkerung

gemäßiger verlaufen als in den ostdeutschen. Dabei erwartet man für zwei westdeutsche Länder jedoch eine relativ untypische Entwicklung. Im Saarland wird der Rückgang der Jugendbevölkerung in 15 bis 20 Jahren eine ähnliche Dimension wie in Ostdeutschland erreicht haben. Um das Jahr 2025 wird die Zahl 18-jähriger Männer hier noch etwa 60 Prozent des Bestandes von 2006 aufweisen, und auch danach wird der Abwärtstrend weiter anhalten. Dagegen ist Hamburg das einzige Bundesland, in dem die Bevölkerungsgröße 18-jähriger Männer in etwa 30 Jahren wieder das Niveau von 2006 erreichen wird, bevor sie dann bis zum Ende des Betrachtungszeitraums auf ein Niveau von etwa 75 Prozent des Ausgangsbestandes absinkt. Eine ähnliche Entwicklung – wenn auch auf niedrigerem Niveau – wird für Bremen erwartet. Bei den größeren Flächenländern erscheint die prognostizierte Entwicklung der Jugendbevölkerung in Bayern, Hessen und Baden-Württemberg vergleichsweise gut.

Internationalisierung der Bevölkerung

Durch die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte, die Aufnahme von Zuwanderern und den Zuzug sogenannter Spätaussiedler ist die deutsche Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten internationaler und ethnisch-kulturell heterogener geworden. Grundsätzlich lässt sich diese Entwicklung in allen Regionen Deutschlands beobachten. Allerdings knüpft Zuwanderung häufig an bestehende soziale Netzwerke an und konzentriert sich so auf Ballungsräume in West- und Süddeutschland sowie Hamburg und Bremen. In Ostdeutschland beschränkt sich die Internationalisierung, also die Zunahme von Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund, auf wenige Kernstädte wie Berlin, Leipzig, Dresden, Halle und Rostock. Dieses starke räumliche Gefälle bei der Zuwanderung wird auch den künftigen Internationalisierungsgrad der Teilregionen beeinflussen. Parallel dazu zeichnet sich eine zunehmende Internationalisierung der Erwerbsbevölkerung ab.

Dies betrifft vor allem die Neuzugänge auf dem Arbeitsmarkt. Da die Bevölkerung auch in den bislang wichtigsten Herkunftsregionen Ost- und Südeuropas abnimmt, wird sich der Ursprung des Zuwanderungspotentials künftig mehr und mehr in außereuropäische Regionen verschieben, insbesondere nach Afrika.

Fazit

Schrumpfende Kernpotentiale

Aufgrund der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland werden die bisherigen demographischen Kernpotentiale der militärischen Personalbedarfsdeckung schrumpfen. Von Bedeutung sind dabei nicht nur die generellen Veränderungen in der Altersstruktur, sondern auch spezifische regionale Unterschiede. Denn vom demographischen Wandel werden gerade jene Bundesländer am stärksten betroffen sein, die bislang eine besonders große Zahl an Bewerbern für den militärischen Dienst und eine überproportional hohe Militärpartizipation aufweisen. Dazu zählen vor allem Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen in Ostdeutschland sowie Niedersachsen, Schleswig-Holstein und das Saarland in Westdeutschland. Neben der demographischen Alterung und Schrumpfung wird in diesen Bundesländern die vorwiegend jugendspezifische Abwanderung aus peripheren, strukturschwachen Regionen in strukturstarke Ballungsgebiete das Rekrutierungspotential der Streitkräfte weiter reduzieren. Da dörfliche und kleinstädtische Milieus eine höhere militärische Affinität besitzen als der urbane Raum, werden die Folgen des ländlichen Jugendrückgangs für die Nachwuchsrekrutierung über den rein quantitativen Effekt hinausgehen.

Insgesamt verläuft der demographische Wandel in Süddeutschland moderater als im Norden – Hamburg und Bremen ausgenommen – und vor allem im Osten Deutschlands. Wirtschaftswachstum als Grundlage für Wanderungsgewinne und

eine vergleichsweise höhere Geburtenhäufigkeit tragen zu dieser Entwicklung bei. Nach jetzigem Stand wird die Bundeswehr jedoch kaum von dieser relativ günstigen Bevölkerungsentwicklung profitieren können, da die militärische Beteiligung junger Männer in Bayern, Baden-Württemberg und Hessen sowie den beiden Hansestädten bisher vergleichsweise gering war. Die Internationalisierung der Bevölkerung, die sich auf diese Bundesländer konzentriert, stellt dabei eine weitere limitierende Rahmenbedingung der militärischen Nachwuchsrekrutierung dar, steht sie doch in Widerspruch zu einer Grundvoraussetzung des militärischen Dienstes: dem Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft.

Konkurrenz um qualifiziertes Personal

Mit den absehbaren demographischen Veränderungen, insbesondere dem absoluten und relativen Rückgang der Jugendbevölkerung, wird sich die Anzahl derjenigen, die auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt für den militärischen Dienst zur Verfügung stehen, entscheidend vermindern.

Durch die zunehmende Verrentung der geburtenstarken »Babyboomer«-Jahrgänge wird das Erwerbspotential ab 2020 nachhaltig schrumpfen. Angesichts der steigenden Nachfrage nach gut ausgebildetem Personal dürfte sich daher schon mittelfristig ein umfassender Fachkräftemangel abzeichnen. Folglich wird sich der Wettbewerb um die nachrückenden jungen Arbeitskräfte weiter verschärfen. Dies gilt vor allem für solche mit guter schulischer Vorbildung oder zivilberuflicher Qualifikation im technischen und elektronischen Bereich. Parallel zum Personalwettbewerb auf dem zivilen Arbeitsmarkt dürfte es auch zwischen den beruflichen und den universitären Ausbildungseinrichtungen zu einer verstärkten Konkurrenz um geeignete Bewerber kommen.

Die Aussichten von Schulabgängern auf dem zivilen Ausbildungs-, Weiterbildungs- und Arbeitsmarkt werden sich entsprechend verbessern, was die Position

der Bundeswehr gegenüber anderen Institutionen im Wettbewerb um den passenden Nachwuchs schwächen dürfte. Die Überlappung von zivilwirtschaftlicher und militärischer Personalnachfrage wird in Zukunft die größte Herausforderung für die Personalbedarfsdeckung der Streitkräfte darstellen.

Schon heute gibt es entsprechende Schwierigkeiten bei einigen militärischen und zivilen Funktionen der Bundeswehr. Betroffen davon sind vor allem die Aufgabenbereiche Informationstechnik und Elektronik, der Sanitätsdienst, die Spezialkräfte, das fliegerische Personal und der Militärische Fachdienst. So kann beispielsweise seit Ende der neunziger Jahre der Bedarf an Ingenieuren im gehobenen und im höheren technischen Dienst nicht mehr gedeckt werden. Ebenso sind im Fliegerischen Dienst mitunter Personalengpässe bei Jet-Piloten, Transportflugzeugführern und Hubschrauberführern zu beobachten. Darüber hinaus wurde erst kürzlich im Jahresbericht des Wehrbeauftragten die verschlechterte Personallage im Zentralen Sanitätsdienst angemahnt.

Die Hauptursachen für die aktuellen Engpässe bei der Nachwuchsrekrutierung werden einerseits in den hohen Anforderungen für die Spezialistenlaufbahnen der Streitkräfte, andererseits im stärkeren Wettbewerb um qualifizierten Nachwuchs gesehen. Dabei zeichnen sich neben dem quantitativen Rückgang der Jugendbevölkerung auch qualitative Problembereiche für die militärische Personalbedarfsdeckung ab, wie die Bildungskluft entlang soziodemographischer Trennlinien, die wachsende Zahl übergewichtiger junger Menschen, das Absinken der allgemeinen körperlichen Leistungsfähigkeit sowie der gesellschaftliche Wertewandel und die vorherrschende Präferenz – insbesondere gut ausgebildeter – Jugendlicher für zivile Berufe.

Anpassungsstrategien

Mögliche Anpassungsstrategien bewegen sich im Spannungsfeld zwischen Sparzwängen und den Anforderungen an personelle Quantität wie Qualität. Dabei ließen sich die vorhandenen demographischen Ressourcen durchaus besser nutzen. Zum einen könnte man das Rekrutierungspotential auf Personen ausdehnen, deren physische und kognitive Fähigkeiten zunächst noch unzureichend sind, jedoch dem soldatischen Anforderungsprofil angeglichen werden können. Zum anderen wäre daran zu denken, bisher unterrepräsentierte Bevölkerungsgruppen (Frauen sowie ethnische, kulturelle und religiöse Minderheiten mit deutscher Staatsbürgerschaft) verstärkt anzuwerben und bislang ausgeschlossene Gruppen (Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft sowie Ältere) zu legitimieren. Solche Maßnahmen entsprächen auch dem notwendigen ökonomischen Kalkül.

Gleichzeitig könnte eine höhere ethnisch-kulturelle Diversität in den Streitkräften als »Multiplikationsfaktor« wirken und die Effektivität in kulturell komplexen Einsätzen erhöhen. So zeichnen sich etwa Soldaten türkischer Herkunft im Afghanistan-Konflikt durch ein vergleichsweise großes Verständnis für die lokale Kultur aus, während weibliche Soldaten im Afghanistan wie auch im Kosovo-Einsatz bei der Interaktion mit der zivilen Gesellschaft von großer Bedeutung sind. Damit hat die Demographie der Streitkräfte auch einen gewissen Einfluss auf strategische Optionen im Einsatz.

Die Erhöhung der Lebensarbeitszeit und der damit einhergehende geringere Ergänzungsbedarf könnten die Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Streitkräfte ebenfalls abmildern. Dass sich der Fokus bei der Rekrutierung auf Jugend und Vitalität richtet, muss angesichts der hohen Personalfuktuation und des unausgewogenen Verhältnisses zwischen in Ausbildung befindlichem und erfahrener Personal ohnehin in Frage gestellt werden. Eine längere Verweildauer der Soldaten in

der Bundeswehr würde die Rendite der militärischen Ausbildung erhöhen und Fachwissen auf Positionen erhalten, die durch eine hohe Aufgabenkomplexität gekennzeichnet sind. Zudem wäre eine ältere Truppe nicht zwangsläufig eine physisch weniger leistungsfähige.

Die abgeleiteten Handlungsoptionen für die Personalbedarfsdeckung im demographischen Wandel deuten auf neue Erfordernisse und Herausforderungen bei der Organisation der Streitkräfte hin. Dies gilt vor allem für die militärische Fort- und Weiterbildung, das Bemühen um eine höhere Attraktivität des militärischen Dienstes (besonders im Hinblick auf eine lebenszyklusorientierte Karriereplanung sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf) und letztlich die soldatische Identitätsbildung nach den Konzepten der Inneren Führung.

Weiterführende Literatur

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, *Raumordnungsprognose 2025/2050. Bevölkerung, private Haushalte, Erwerbspersonen*, Bonn 2009

Konstantinos Giannakouris, *Regional Population projections EUROPOP 2008: Most EU Regions Face Older Population Profile in 2030*, Brüssel: Eurostat, 2010 (Statistics in Focus, 1/2010)

Statistisches Bundesamt, *Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung*, Begleitmaterial zur Pressekonferenz am 18.11.2009 in Berlin, Wiesbaden 2009

Statistisches Bundesamt, *Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung nach Ländern, Variante 1-W1, Untergrenze der mittleren Bevölkerung*, Wiesbaden, 23.2.2010

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2010
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autorin wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364